Friede auf dem Balkan.

Pariser Blätter wissen zu melden, daß Serbien in den nächsten Tagen eine friedlich gestimmte Note an die österreichische Regierung senden und sich bereit erklären werde, alle Sicherheiten für den Frieden zu geben. Dann sollen sofort zwischen Österreich und Serbien direkt Verhandlungen begonnen werden. Damit würden die gemeinsamen Schritte der Mächte in Belgrad überflüssig sein. Der serbische Minister Milowanowitsch erklärte, daß sich die serbische Regierung dem einmütigen Wunsche der Mächte fügen und auf eine Gebietsentschädigung verzichten wolle.

Eine Volkserhebung in Serbien sei nicht zu gewärtigen, da die Regierung Sorge tragen werde, das Volk aufzuklären und da dieses während der nun beendeten fünfmonatigen Krise bereits Gelegenheit gehabt habe, das Kräftemißverhältnis zwischen Serbien und der Donau-Monarchie richtiger einzuschätzen. Mit alledem sei freilich nicht gesagt, daß Serbien seine berechtigten Ansprüche auf Bosnien und die Herzegowina fallen lasse, doch bloße Ansprüche, wie jedes Volk sie mache, können nicht Gegenstand diplomatischer Verhandlungen sein.

Leider klingen die Nachrichten, die aus Serbien kommen, nicht so friedlich. Dort ist es öffentliches Geheimnis, daß der Mobilisierungsplan bis ins kleinste durchgeführt ist und man spricht allenthalben von den nächtlichen Übungen verschiedener Truppenkörper. Auf dem Bahnhofe in Belgrad, von wo täglich mehrere Züge mit ausgebildeten Reservisten nach allen Grenzgarnisonen abgehen, ertönen immer wieder die Rufe: „In den Krieg!". Daß man auch in serbischen Regierungskreisen trotz aller friedlichen Versicherungen die Lage noch immer für sehr ernst hält, geht daraus hervor, daß König Peter gerade jetzt eine Amnestie erlassen hat.

Zu Ehren der neuen Regierung fand im Belgrader Schlosse ein Festessen statt. Dabei hielt der König eine lange Rede, in der er die neue Regierung als Herrscher begrüßte. Vor allem als Serbe freue er sich, so führte der König aus, daß nunmehr Einigkeit zwischen den Parteien herrsche. Diese Einigkeit sei ein Beweis dafür, daß im Volke allgemein der Ernst der Stunde anerkannt werde, in der Serbien sich befindet. Die Verhältnisse seien gewiß schwierig, aber er und die ganze Nation setzen mit Vertrauen in die Zukunft, da die wirklichen Führer der Nation die Leitung der Staatsgeschäfte in der Hand hätten.

Durchdrungen von dem Gedanken und dem Wunsche, daß in diesen schicksalsschweren Augenblicken alle ihm und seinem Hause zugefügten Beleidigungen und Angriffe der Vergessenheit anheimgegeben werden, begnadige er alle politischen Verbrecher und erwarte von der Regierung die Unterbreitung der erforderlichen Vorschläge. Dann sagte der König: „Die Uneinigkeit soll von jetzt ab von uns weichen und unser Herz soll frei von Haß sein. Wir alle wollen wie ein Mann, von der gleichen Liebe zum Vaterlande getragen, uns zur Wehr setzen, um seine schicksalsvolle Zukunft zu sichern."

Der König schloß mit den Worten: „Ich bin überzeugt, daß die serbische Regierung die an sie gestellten Hoffnungen erfüllen wird. Es lebe Serbien, es lebe das Serbentum!" Die Stimmung in Serbien scheint also danach noch nicht so friedlich zu sein, wie man in Frankreich und Rußland gern glauben machen möchte. Trotz alledem darf man hoffen, daß der Krieg, der schließlich für Serbien erst recht nicht den gewünschten Erfolg hätte, vermieden wird. Man sträubt sich eben in Belgrad, um sich endlich den Verzicht auf jede kriegerische Unternehmung von Österreich oder von den Mächten teuer bezahlen zu lassen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Die Kaiserin hat das Überschwemmungsgebiet in der Altmark besucht. Die Monarchin machte eine Automobilfahrt durch die am meisten betroffenen Ortschaften und sprach überall ihr Mitgefühl aus.

* Wie verlautet, wird dem Bundesrat binnen kurzem ein Gesetzentwurf zugehen betr. Aufhebung des § 15 des Zolltarifgesetzes, wonach bekanntlich die Mehreinnahmen aus gewissen landwirtschaftlichen Zöllen als Fonds für die zu gründende Witwen- und Waisenversicherung aufgesammelt werden sollten. Anstatt dieser schwankenden Beträge sollen nach dem neuen Entwurf feste Reichszuschüsse zur Durchführung dieser Versicherung gewährt werden.

* Die Nachlaßsteuer ist von der Finanzkommission des Reichstags in erster Lesung abgelehnt worden, auch die Vermögenssteuer wurde mit 18 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben die konservative, die nationalliberale Fraktion, sowie die Reichspartei den Vorschlägen des Biererausschusses der Blockparteien über das Steuerabkommen zugestimmt, dagegen ist es dem Abg. Dr. Wiemer nicht gelungen, auch die freisinnige Fraktionsgemeinschaft für diese Vorschläge zu gewinnen.

* Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstages hat den Antrag auf Einführung zwangsweiser Arbeiterausschüsse für alle Gewerbebetriebe angenommen.

* Anläßlich der Hundertjahrfeier des preuß. Kriegsministeriums fand auch ein herzlicher Depeschenaustausch zwischen dem österreichisch-ungarischen Reichskriegsminister v. Schoenaich und dem preuß. Kriegsminister v. Einem statt. Dieser antwortete auf die sehr herzlichen Glückwünsche mit einem Telegramm folgenden Inhalts: „Euer Exzellenz danke ich mit bewegtem Herzen namens des Kriegsministeriums für Ihre warmen Worte anläßlich unsres Jubiläums. Gott schenke unsern verbündeten Armeen weiter treue Waffenbrüderschaft!"

* Wie verlautet, ist zwischen der Kommission und den Vertretern der Regierung in der Automobilfrage eine Annäherung eingetreten. Man hat sich anscheinend über alle strittigen Punkte der Regierungsvorlage verständigt, bis auf den Inhalt des § 2, der die Haftpflicht der Automobilbesitzer für die ihren Chauffeuren zustoßenden Unfälle ausspricht und alle diejenigen Automobile von einer Haftpflicht überhaupt befreien will, die eine bestimmte Fahrgeschwindigkeit nicht überschreiten. Die Regierung hält in diesen Punkten an ihrer Vorlage fest, und es steht noch dahin, ob es gelingen wird, eine Ausgleichung der Ansichten herbeizuführen.

Frankreich.

* Präsident Fallières hat den deutschen Botschafter Fürsten Radolin empfangen, der ihm den Dank für die ihm durch die Verleihung des Großkreuzes der Ehrenlegion zuteil gewordene Auszeichnung aussprach. Fürst Radolin stattete sodann aus dem gleichen Anlaß dem Ministerpräsidenten Clemenceau einen Besuch ab.

* Die Deputiertenkammer hat bei der Beratung des Einkommensteuerentwurfs eine auch vom Finanzminister gebilligte Bestimmung angenommen, nach der jedem Steuerpflichtigen, dessen Einkommen 12 000 Frank nicht übersteigt, für jede von ihm zu unterhaltende Person ein Nachlaß von acht Frank gewährt werden soll.

Schweiz.

* Die deutsche Regierung hat eine Note an den Bundesrat gerichtet, worin sie die Bedingungen bespricht, unter denen sie bereit wäre, den schweizerischen Mehlzoll freizugeben. Die Berner Bundesbehörde hat beschlossen, die Note schnellstens zu beantworten.

Italien.

* Der Papst hat den Wunsch ausgesprochen, den berühmten Flugtechniker Wilbur Wright, der mit seinen Flugapparaten bei Paris große Erfolge erzielt hat, einmal in den Vatikanischen Gärten fliegen zu sehen. Aller Voraussicht nach wird Wright, der demnächst zu längerem Aufenthalt in Rom eintrifft, den Wunsch des Papstes erfüllen, wenn nicht technische Hindernisse die Flugversuche in den vatikanischen Gärten vereiteln.

Rußland.

* Die Finanzkommission der Reichsduma hat bei der Prüfung des Gesetzentwurfes bezüglich der Maßnahmen, die gegen den Andrang der Chinesen und Koreaner im Amurgebiet ergriffen werden sollen, beschlossen, das Gesetz auf alle Ausländer auszudehnen.

Balkanstaaten.

* Über die schwierigen finanziellen Fragen, durch deren Lösung der bulgarisch-türkische Zwist endgültig aus dem Wege geräumt werden soll, ist während des Besuches des Bulgarenfürsten in Petersburg ein Einvernehmen erzielt worden. Danach erlischt die türkische Kriegsschuld an Rußland, wobei Bulgarien sich verpflichtet, Rußland 82 Millionen Frank zu zahlen. Den Rest der Kriegsschuld erhält Rußland durch ein französisches Bankinstitut bar ausgezahlt. Die Höhe der Verzinsung ist noch nicht bekannt.

Afrika.

* Der frühere Bandenführer Raisuli, den der Sultan Muley Hafid zum Gouverneur von zwölf Stämmen in Nord-Marokko ernannt hat, äußerte sich einem französischen Berichterstatter gegenüber dahin, daß er in Zukunft mit den Fremden Frieden halten und in seinem Gebiete im Namen des Sultans für Ruhe und Frieden sorgen werde.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde am Dienstag die Beratung der einzelnen Kolonialetats fortgesetzt. Beim Etat für Kamerun trat Abg. Goller (frs. Vp.) für gleichmäßige Behandlung der Missionen ein und bat, das konfessionelle Moment aus dem Spiel zu lassen. Staatssekretär Dernburg erklärte, daß die Missionen keinen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen; wünschenswert wäre es, wenn sie sich gegenseitig keine Konkurrenz machen würden. Darauf wurde der Etat für Kamerun genehmigt. Ebenso nach unwesentlicher kurzer Erörterung der Etat für Togo. Bei dem Etat für Südwestafrika ging Abg. Semler (nat.-lib.) auf den Eisenbahnbau, die Ovambofrage und die Diamantenfunde ein. Staatssekretär Dernburg erwiderte auf die einzelnen Punkte. Er stellte eine neue Gerichtsverfassung in Aussicht und erklärte die Theorie der Vernichtung der Schwarzen für sehr bedenklich. Schließlich machte Gouverneur Schuckmann nähere Mitteilungen über die Situation in Südwestafrika, besprach die Ovambofrage und die andern Themen und fand im Hause fast allseitige Zustimmung. Dann wurde die Weiterberatung vertagt.

Am 3. d. wird die Beratung des Kolonialetats, Etat für Südwestafrika, fortgesetzt.

Abg. Arning (nat.-lib.): Allen Respekt vor der Kolonialpolitik der Engländer. Aber wir brauchen nicht dem Auslande alles nachzumachen. Unsre Eingeborenen-Politik in Südwest entspricht jedenfalls nicht den Wünschen der Weißen, der Farmer. Herr v. Schuckmann hat ja unsre Justizpflege dort richtig charakterisiert, indem er meinte, die der Hottentotten sei besser. Daß unsre Justizpflege einer Änderung bedarf, hat ja auch der Staatssekretär selber anerkannt. Eine Vereidigung von Eingeborenen sollte überhaupt nicht stattfinden. Bei der Entwickelung, die der Bergbau nimmt, ist ja wohl auch auf eine entsprechende Entwickelung des Landwirtschaftsbetriebes zu rechnen.

Abg. Lebedour (soz.): Im ganzen bekämpfe ich nach wie vor die Kolonialpolitik, weil sie unbedingt zur Ausbeutung und Unterjochung fremder Völker führt. Wir verlangen, daß der vorjährige Beschluß des Hauses durchgeführt wird, es solle aus den Regierungsländereien den Eingeborenen so viel Land gegeben werden, daß sie daraus durch eine ihrer Wirtschaftsweise angemessene Tätigkeit ihren Lebensunterhalt gewinnen können. Daß eine Residentur im Ovambolande die Gefahr von Verwickelungen schafft, darüber war man sich früher einig. Für meine Partei erkläre ich, daß wir dieses Experiment grundsätzlich ablehnen. Ein andres eigenartiges Experiment ist die sogenannte „Selbstverwaltung" der Gemeinden dort. Bedenklich ist daran, daß nur „selbständige" Weiße wahlberechtigt sein sollen, ferner daß gegen Eingeborene Betriebszwang gestattet sein soll, während gegenüber Weißen nur Steuerpflicht besteht. Und da überschüttet Herr Erzberger den Staatssekretär mit Lob. Wo bleiben da die christlichen Grundsätze? Und wo bleiben die Grundsätze angesichts der Bestimmungen in den amtlich genehmigten Gemeindestatuten, wonach sonst voljährige Weiße das Wahlrecht verlieren, wenn sie eine christliche Eingeborene heiraten? Wo bleibt da die Christlichkeit des Staatssekretärs? (Vizepräsident Paasche: Herr Abgeordneter, Sie dürfen hier nicht von der Christlichkeit des Staatssekretärs sprechen.) Der Herr Präsident scheint meine Worte nicht genau verstanden zu haben. Ich weiß nicht, ob ich hier noch von den christlichen Grundsätzen des Staatssekretärs reden darf. (Vizepräsident Paasche: Herr Abgeordneter, diese Wendung ist zum mindesten nicht geschmackvoll.) Redner wiederholt nochmals jene Bestimmung im Gemeindestatut und fragt, wie sie mit der Christlichkeit und der Moral des Gouverneurs vereinbar sei? Verbietet man jetzt schon, auch nur mittelbar, christliche Ehen, so treibt man doch die Leute ins Konkubinat hinein? Auch schon dadurch, wenn die Ehe, wie Herr Schuckmann angeordnet hat, „nicht eingetragen" wird! Beschleunigte Abhilfe ist da notwendig. Die christlichen Jünglinge und Jungfrauen werden sicherlich die Hände über den Kopf zusammenschlagen und jammern, welch böser Geist in den Bruder Schuckmann hineingefahren sei. Höchst bedenklich ist ferner die Verweigerung des Gemeindewahlrechts an Engländer. Dadurch kann ein Konflikt mit England heraufbeschworen werden. Unsre Kolonialpolitik muß noch ganz anders werden.

Abg. Semler (nat.-lib.): Im wesentlichen bin ich mit den Ausführungen des Herrn v. Schuckmann einverstanden, nur muß ich energisch seine Andeutung zurückweisen, daß eine gewaltsame Unterdrückung widerspenstiger Eingeborenen erforderlich werden könnte. Wir wünschen, daß die Ruhe im Lande bewahrt bleibe. Ferner betone ich, daß wir den Eisenbahnbau als eine sehr ernste Frage behandelt wissen wollen. Eine Vereidigung von Negern sollte unbedingt ausgeschlossen sei.

Abg. Lattmann (wirtsch. Vgg.) wünscht, daß bei den Bahnbauten in Südwest nur deutsche Arbeiter verwendet werden, und nicht, wie das jetzt vorgekommen sei, Kroaten.

Staatssekretär Dernburg versichert, daß bereits die Verwendung deutscher Arbeiter angeordnet sei. In Zukunft sollen nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden, wenn wir solche bekommen.

Beim Titel zur Unterhaltung und Ergänzung des lebenden Inventars wird auf Antrag des Abg. v. Byern (kons.) der Abstrich der Budgetkommission von 40 000 Mk. auf die Hälfte ermäßigt.

Der Etat für Südwestafrika wird erledigt, ebenso die Etats für Neuguinea, die Karolinen und Samoa und damit der ganze Kolonialetat.

Die Resolution der Kommission betr. Erkundung der Verhältnisse im Ovambolande wird angenommen. Ebenso gelangt die Resolution Graf Hompesch zur Annahme betr. Vorlegung der Verordnungen der Kolonialzentralstelle und der Gouverneure behufs Kenntnisnahme seitens des Reichstages.

Der Etat des Kolonialamts wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Es folgt die Beratung des Postetats.

Beim Titel „Staatssekretär" bemerkt

Abg. Pichler (Z.-nat.): Es sind immer noch viele alte Zöpfe bei der Verwaltung abzuschneiden. Es handelt sich hier, was immer noch zu sehr außer acht gelassen wird, einfach um einen Geschäftsbetrieb. Redner geht dann auf den gleichzeitig mit zur Beratung gestellten Entwurf einer neuen Fernsprechgebührenordnung ein und wendet sich gegen die hauptsächlich von Berlin ausgehende Agitation gegen diesen Entwurf. Das bisherige System der Pauschalgebühr sei vom finanziellen Standpunkt der Postverwaltung nicht aufrecht zu erhalten. Zu wünschen sei, daß für die ganz kleinen Orte von 100 Sprechstellen und darunter, die Gebühr noch weiter herabgesetzt werde.

Staatssekretär Kraetke: Wollten wir nur nach Geschäftsprinzipien arbeiten, so würden wir auch auf das Land weniger Rücksicht nehmen können als auf die großen Städte. Bei allen unsern Maßnahmen ist die erste Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Publikum nicht Schaden leidet. Nun einige Worte zum Fernsprechgebühren-Entwurf. Der Reichstag selbst hat einen besseren Ausgleich zwischen Stadt und Land gewünscht. Gerade darin besteht auch wirklich die Pflicht des Staates. Richtig ist, daß die Anlagekosten auf dem Lande etwas höher sind, aber anderseits kommen wir mit einfacheren Einrichtungen aus, während die inneren Einrichtungen und der stärkere Bedarf an Personal in den großen Städten viel kostspieliger sind. In der Kommission werden sich hoffentlich die Interessen vereinigen lassen.

Hierauf wird die Weiterberatung vertagt.

Um eine Fürstenkrone.

19] Roman von Reinhold Ortmann.

(Fortsetzung.)

„Und es ist ihm dort ein Unglück zugestoßen," fragte Raffaella weiter, „Herr von Werkenthin hat mich bereits davon unterrichtet. Wo befindet sich der Graf in diesem Augenblick?"

„In der Meierei des Vorwerks! Der Herr Doktor schickte mich nach Hause; denn er meinte, die Leiche des Herrn Grafen müßte auf dem Vorwerk bleiben, bis die gerichtlichen —"

„Schweigen Sie!" donnerte Herr von Werkenthin jetzt den Unglücksseligen an; aber seine Unterbrechung kam zu spät. Ohne einen Aufschrei oder einen Laut des Schreckens, mit der mechanischen Langsamkeit eines durch ein Uhrwerk bewegten Automatens, wandte Gräfin Raffaella sich nach ihm um. Es war kein Blutstropfen mehr in ihrem Gesicht, ihre schwarzen Augen aber glühten wie im wildesten Fieber.

„Warum hat man ihn erschossen — warum? Und wer — wer ist sein Mörder?"

Sie wankte, und ihre Hand tastete in die leere Luft nach einer Stütze.

„Frau Gräfin — Fassung!" stieß Werkenthin hervor. „Ich beschwöre Sie, seien Sie tapfer! Noch kann unmöglich jede Hoffnung verloren sein —"

Aber der gute Werkenthin redete zu einer, die ihn nicht mehr hörte. Von schwerer Ohnmacht umfangen, lag die junge Gräfin in seinem Arm, und Friedrich, der noch gar nicht zu begreifen schien, welches Unheil er durch seinen Rapport angerichtet, stürzte hinaus, um Beistand für die bewußtlose Herrin herbeizurufen.

Drei Stunden später erblickte der Sohn des Grafen Adelhard Hohenstein als eine vaterlose Waise das Licht der Welt.

10.

Noch niemals waren um die herbstliche Jahreszeit so viele Equipagen und Mietswagen durch das hohe Sandsteinportal des Hofes von Schloß Hohenstein gerollt, als in diesen ersten Novembertagen — und noch niemals war es gleichzeitig so feierlich still in dem stolzen, alten Herrenhaus gewesen, als jetzt, wo doch ein Besucher fast unmittelbar auf den andern folgte.

Aber die sich da einfanden — die reichen und vornehmen Grundbesitzer des Kreises, die Stabsoffiziere aus den nächstgelegenen Garnisonsorten und die hohen Verwaltungsbeamten von der Provinzialregierung — sie alle kamen freilich nur zu sehr kurzem Verweilen. In einem der prächtigsten Säle des Mittelflügels lag ein Buch auf, in das die Besucher ihren Namen eintrugen, und der Güterdirektor des Fürsten, ein ehemaliger Offizier, erwies ihnen dabei die Ehren des Hauses. Mit gedämpfter Stimme und in kurzen Sätzen wurden da flüchtige Unterhaltungen geführt, man empfahl sich zumeist schon nach einem Aufenthalt von wenigen Minuten, und nur die nächsten Freunde der fürstlichen Familie wurden zuweilen in die Privatgemächer auf dem linken Schloßflügel hinübergeführt.

Fürst Chlodwig Hohenstein war an einer Lungenentzündung erkrankt, und obwohl sogleich die berühmtesten Ärzte berufen worden waren, hieß es doch, daß nur noch wenig Hoffnung auf die Erhaltung seines Lebens sei. Auf seinen besonderen Wunsch war er schon am zweiten Tage der Krankheit aus seinem Schlafgemach in das anstoßende Bibliotheks- und Arbeitszimmer gebracht worden, einem ausnehmend hellen und luftigen Raum, dessen Wände neben der auserlesenen Büchersammlung zahllose Jagdtrophäen des Fürsten schmückten. Da lag er auf einer ganz einfachen eisernen Feldbettstelle, das Fell eines Bären, den er einst auf den Besitzungen des Fürsten Radziwill unter besonders schwierigen Umständen geschossen, über die Füße gebreitet, und mit einem Ausdruck soldatisch mannhafter Ergebung auf dem bleichen Gesicht.

Als noch niemand in seiner Umgebung dem Unwohlsein, von welchem der anscheinend eichenstarke Mann über Nacht befallen worden war, eine ernste Bedeutung beigelegt, hatte Fürst Chlodwig bereits gewußt, daß er sterben würde, und es war kein Wort der Klage über seine Lippen gekommen.

Wenn der quälende Husten ihm ein wenig Ruhe vergönnte, sprach er mit seiner trostlosen Tochter und mit den andern Personen seiner Umgebung in freundlicher, ja beinahe heiterer Weise, und sie mußten ihn oft unter mühsam zurückgehaltenen Tränen bitten, seiner kranken Lunge zu gedenken, wenn er sich anschickte, ihnen einen der lustigen Geschichten zu erzählen, an denen er Zeit seines Lebens unerschöpflich gewesen war. Gab es in diesen Leidenstagen für ihn überhaupt Augenblicke der Mutlosigkeit und des bangen Zagens, so durchkämpfte er sie jedenfalls ganz in der Stille und ließ keinen etwas davon ahnen, wie schwer ihm der Abschied ankam von der holden Gewohnheit des Daseins.

Als am dritten Tage einige der namhaftesten deutschen Kliniker eine Beratung am Krankenbette des Fürsten abgehalten hatten, wurde Graf Wenzel Hohenstein telegraphisch herbeigerufen. Fürst Chlodwig war sichtlich erfreut, als man ihm unter allerlei mühsam ausgeklügelten Vorwänden Mitteilung davon machte. Nur aus schonender Rücksichtnahme auf die Empfindungen seiner Tochter, die nichts von seinen Todesahnungen bemerken sollte, hatte er selber diesen Wunsch bisher unterdrückt, und mit offenbarer Ungeduld sah er nun der Ankunft seines Neffen entgegen.

Graf Wenzel traf in der Morgenfrühe des nächsten Tages auf Schloß Hohenstein ein, und Komtesse Herta, die die ganze Nacht am Krankenbette des Vaters durchwacht hatte, kam ihm auf die Meldung von seiner Ankunft im Vorzimmer entgegen. Was ihn schon das Telegramm hatte vermuten lassen, das wurde ihm bei ihrem Anblick sogleich zur vollen Gewißheit und mit einer warmen Herzlichkeit, die sie gleich überzeugend nicht oft in seinem Wesen war, erfaßte er die Hände seiner jungen Verwandten.

„Welch' eine unglückliche Botschaft, meine liebe, arme Herta! Aber steht es denn wirklich so schlimm?"